

So geht Rente – ein Masterplan

Von Holger Balodis und Dagmar Hühne*

Rund die Hälfte der heute Arbeitenden ist im Alter akut von Altersarmut bedroht. Das ist die unmittelbare Folge eines politisch gewollten Zerstörungsprozesses, sagen Holger Balodis und Dagmar Hühne. In ihrem Buch »Die große Rentenlüge. Warum eine gute und bezahlbare Alterssicherung für alle möglich ist« (Westend-Verlag, Frankfurt a.M. 2017) fordern sie einen radikalen Kurswechsel in der Altersversorgung und deutlich mehr Geld für alle RentnerInnen. Und sie zeigen auch, wie es geht: weg mit der Riester-Rente und dem Popanz des Drei-Säulen-Modells. Statt die Finanzwirtschaft zu subventionieren, muss sich Altersvorsorge auf den Kern konzentrieren: die gesetzliche Rente. Diese könne deutlich höher ausfallen, wenn endlich alle einzahlen – auch PolitikerInnen, Beamte und TopmanagerInnen.

Die *express*-Redaktion hat die Veranstaltung »Altersarmut – Kein Problem?« mit den AutorInnen am 16. November in Frankfurt unterstützt. Für diejenigen, die nicht dabei sein konnten, dokumentieren wir im Nachgang hier ein für den *express* gekürztes und überarbeitetes Kapitel aus dem Buch.

Die Jüngeren unter uns, denen man hartnäckig die Rentenlügen von Demografie und Generationengerechtigkeit aufgetischt hat, werden es kaum glauben. Genauso die Älteren, die heute schon in Armut leben: Die Rente ginge nämlich auch ganz anders, und zwar viel besser für alle. Wenn wir die Rentenlügen demaskieren, die Geburtsfehler der Rentenversicherung korrigieren und uns auf deren wirk-liche Stärken besinnen, kurz, wenn wir den Kurswechsel einleiten, dann sind höhere Renten für alle drin, ohne Überlastung für die Jungen. Und zwar sofort.

Deutliche Rentenerhöhung für alle!

Was muss mindestens rauskommen, damit die RentnerInnen ein halbwegs gutes Leben führen können? Man kann sich der Frage von mehreren Seiten nähern. Eine Anforderung könnte sein, dass DurchschnittsverdienerInnen im Alter mindestens das Doppelte der Grundsicherungsleistung zur Verfügung haben sollten. Das wären aktuell rund 1.600 Euro netto, was einer Bruttorente zwischen 1.800 und 1.900 Euro entspricht. Wer das für übertrieben hält, der sei daran erinnert, dass dies etwa der Betrag ist, den der Staat seinen BeamtenInnen minimal als »amtsunabhängige Mindestversorgung« im Falle von Dienstunfähigkeit auszahlt. Mit anderen Worten: Was BeamtenInnen im Krankheitsfall schon nach wenigen Dienstjahren zusteht, sollte DurchschnittsverdienerInnen aus der Rentenkasse nach einem langen Arbeitsleben allemal gezahlt werden. Eine solche Anhebung würde eine Korrektur des allgemeinen Rentenwerts von derzeit 32,03 Euro auf rund 42 Euro erfordern. Die neue Standardrente nach 45 Jahren betrüge dann 1.890 Euro brutto (statt wie bisher 1.441,35 Euro).

Eine solche massive Anpassung der Renten würde die verfehlte Sparpolitik in der Rente seit der deutschen Vereinigung korrigieren. Sie würde für Bestands- wie für NeurentnerInnen gleichermaßen

gelten und wie ein gewaltiges Konjunkturprogramm für die deutsche Wirtschaft wirken. RentnerInnen geben ihr Geld nämlich ganz überwiegend in der unmittelbaren Umgebung aus. Vom Bäcker bis zur Möbelhändlerin würden alle profitieren. Auch die Kommunen: Sie würden durch die Stärkung der Massenkaufkraft mehr Gewerbesteuer einnehmen, könnten ihre Infrastruktur besser in Schuss halten und müssten auch viel weniger Grundsicherungsleistungen zahlen.

Mindestrente für KleinverdienerInnen

Eine deutliche Anhebung des allgemeinen Rentenwerts (siehe oben) nutzt allen Versicherten. Millionen Versicherte, die unterdurchschnittlich verdienen, würden damit endlich Renten erzielen, die deutlich über dem Grundsicherungsniveau von derzeit 800 Euro liegen. Aber eben längst nicht alle. Deshalb brauchen wir eine Mindestrente, deren Zahlbetrag derzeit bei mindestens 1.050 Euro pro Monat liegen sollte. Und zwar ohne Bedürftigkeitsprüfung, denn in der Rente, die die Lebensleistung eines Arbeitslebens abbildet, hat eine solche Prüfung von Einkommen und Vermögen nichts verloren. Mindestrenten sind keineswegs ungewöhnlich. Fast alle Länder nutzen dieses Instrument, um KleinverdienerInnen im Alter zu schützen. In Europa gibt es nur in Estland, Litauen, Slowenien und Deutschland keine Mindestrente.

Ein staatliches System, das große Teile der Bevölkerung in die Rentenversicherung zwingt, ist nur dann zu rechtfertigen, wenn es auch Elemente der Umverteilung enthält. Das fordert nachdrücklich auch Reiner Heyse vom ›Seniorenaufrüstung‹: »Daseinsvorsorge ist die Aufgabe des Staates und er muss, um diese Aufgabe erfüllen zu können, in einer so massiv auseinanderdriftenden Gesellschaft wie der unsrigen wesentlich mehr umverteilen. Ist es denn gerecht, die Menschen im Alter ins Elend stürzen zu dürfen?«

Das Ende des Drei-Säulen-Modells

Schon seit Jahrzehnten versucht die Finanzwirtschaft die Menschen zu überzeugen, sie müssten viel mehr selber vorsorgen, statt sich auf die gesetzliche Rente zu verlassen. Politisch durchgesetzt wurde dieses Konzept schließlich von der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder. Die zusätzliche Vorsorge per Riester-Rente wurde quasi zur Pflicht erklärt. Ebenso eine zusätzliche betriebliche Absicherung in Form der Entgeltumwandlung. Damit war das Drei-Säulen-Modell geboren. Immer wieder wird es beschworen: »Wenn ihr nicht alle drei Säulen nutzt, bröckelt eure Altersversorgung, stürzt womöglich ein.« Dieser Unsinn sollte schleunigst beendet werden. Die Arbeitnehmerkammer Bremen hat nachgewiesen, dass die Gesamtversorgung im Drei-Säulen-Modell langfristig nicht das Niveau vor der Riester-Reform erreicht, trotz höherer Kosten für ArbeiterInnen. Die Bremer Studie hat errechnet, wie hoch der Beitragssatz für alle drei Säulen zusammen klettern müsste, um tatsächlich dasselbe Versorgungsniveau wie vor der Riester-Reform zu bieten: auf sage und schreibe 32 Prozent.

Daraus kann es nur eine Konsequenz geben: Das Drei-Säulen-Modell sollte aufgegeben werden. Die gesetzliche Rente muss wieder deutlich höher ausfallen, um so wenigstens annähernd den früheren Lebensstandard zu sichern.

Die bislang gezahlten milliardenschweren Riester-Subventionen sollten besser den Bundesanteil in der gesetzlichen Rente erhöhen. Dort erzielen sie sofort eine positive Wirkung und kommen allen Versicherten zugute und nicht nur jenen, die einen Riester-Vertrag abschließen. Die Politik sollte deshalb der Riester-Rente nun konsequent ein Ende setzen.

Auch die sogenannte ›Entgeltumwandlung‹ sollte in bisheriger Form beendet werden. Wer dieses fragwürdige Instrument nutzt, sorgt damit direkt für eine Rentenkürzung in der ersten Säule, der gesetzlichen Rente. Was soll also ein Drei-Säulen-Modell, das vorgeblich die Gesamtversorgung verbessern soll, aber in der Praxis genau das Gegenteil bewirkt? »Was da durch Riester-Rente und Entgeltumwandlung mit unserer Rente passiert ist«, stellt die ehemalige DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer fest, »das ist eine Schande für dieses Land und sollte beendet werden. Niemand außer den Finanzdienstleistern braucht ein solches Drei-Säulen-Modell.«

Alle sollen zahlen: Die Erwerbstätigenversicherung



Bessere Renten für alle, das kostet viel Geld. Die Bertelsmann-Stiftung hat errechnet, welche der verschiedenen Reformoptionen die Finanzen der Rentenversicherung am effektivsten stützt. Das Ergebnis überrascht (zumindest aus dieser Quelle): Es ist die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung. Dies würde bedeuten: Alle BeamtInnen, Selbstständigen, FreiberuflerInnen, PolitikerInnen und ManagerInnen zahlen in die Rentenkasse ein. Bis 2060 könne dadurch – so die Bertelsmann-Stiftung – der Beitragssatzanstieg um 2,5 Prozent gedämpft werden. Gleichzeitig läge das Rentenniveau um fast 10 Prozentpunkte höher als ohne diese Maßnahme.

Dabei ist der Vorschlag keineswegs neu. Auch vor der großen Rentenreform von 1957 diskutierte man den Plan bereits. Doch gelang es den BeamtInnen und FreiberuflerInnen, ihre Einbeziehung in die Rentenversicherung zu verhindern. Tatsächlich ist es so, dass BeamtInnen und die meisten FreiberuflerInnen die Rentenkasse nicht brauchen. Doch umgekehrt gilt sehr wohl: Die Rentenkasse könnte diese in der Mehrzahl ordentlich Verdienenden sehr gut gebrauchen. Warum sollten sich in Sachen Altersversorgung nur die ArbeiterInnen und Angestellten solidarisch stützen?

Wie die frühere Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) richtig herausstellte, ist jede Rentenreform auch eine Macht- und Verteilungsfrage. Bei der Frage der Einbeziehung von BeamtInnen und FreiberuflerInnen ins Rentensystem sollte dieser Machtkampf in einem demokratischen System eigentlich zu gewinnen sein. Hier stehen die Interessen von weniger als drei Millionen BeamtInnen und FreiberuflerInnen gegen den Rest der Republik. Höchste Zeit also, dass sich die überwältigende Mehrheit endlich ihr Recht erkämpft.

Der beste Weg wäre es, nicht sofort alle BeamtInnen und Freiberufler in die Rentenkasse einzugliedern, was juristische Probleme bringen könnte. Besser wäre es, nach und nach alle jungen VertreterInnen dieser Berufsstände in die Rentenversicherung aufzunehmen. Für die Rentenkasse hätte das den Charme, dass rund 40 Jahre lang für die neuen Personengruppen keine Renten zu zahlen sind und zunächst ausschließlich Beiträge fließen. Tendenz von Jahr zu Jahr steigend. Wenn der Einstieg in die Erwerbstätigenversicherung in den nächsten Jahren tatsächlich gelingt, wäre das der denkbar günstigste Zeitpunkt. Die Frischzellentherapie käme genau dann, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ab 2025 in Rente gehen werden. »Mit der Einführung der Erwerbstätigenversicherung ergibt sich eine ideale Gelegenheit«, bestätigt der Statistikprofessor Gerd Bosbach, »den Babyboomer-Bauch abzufedern. Ab 2055 haben wir wieder einen nahezu konstanten Bevölkerungsaufbau. Die Babyboomer sind dann ja fast alle weg.«

Höhere Beitragssätze – nicht für alle eine höhere Last!

Wenn die Renten deutlich steigen, so steigen zwangsläufig auch die Ausgaben der Deutschen Rentenversicherung. Ohne höhere Beitragssätze wird das nicht gehen. Die exakte Höhe hängt von vielen Faktoren ab: der Wirtschaftsentwicklung, der Zuwanderung junger Arbeitskräfte, der Bereitschaft des Staates, mehr Bundesmittel zu zahlen, und der Ausschöpfung des Erwerbstätigenpotenzials. Dass deutlich bessere Leistungen nicht zwingend furchterregende Beitragssätze erfordern, zeigt das Beispiel Österreich. In unserem Nachbarland bekommen die RentnerInnen deutlich mehr Rente. Die Alpenrepublik ist nicht den Weg der Teilprivatisierung und Rentenkürzung gegangen. Seit 2005 sind auch BeamtInnen Teil des Rentensystems. Der Beitragssatz ist mit 22,8 Prozent höher als in Deutschland, doch von einer Überlastung der ArbeiterInnen kann keine Rede sein. Sie zahlen 10,25 Prozent auf den Bruttolohn, die Arbeitgeber hingegen 12,55 Prozent – seit vielen Jahren. Von negativen Auswirkungen auf Wirtschaftskraft und Lohnentwicklungen ist nichts bekannt. Wie hoch der Rentenbeitrag hierzulande wirklich steigen würde, weiß heute niemand. Klar ist hingegen: Die Belastung für Einzelne wird stets geringer sein als das, was die Bundesregierung nach aktueller Planung im Drei-Säulen-Modell zumuten will: »Ganz gleich wie man es dreht oder wendet«, fasst Rentenexperte Winfried Schmähl den Sachverhalt zusammen, »wenn man höhere Renten zahlen will, ist das am preiswertesten über die gesetzliche Rente zu haben, das belastet den Beitragszahler am wenigsten.«

Höherer Bundesanteil: gerecht und wirksam

Gewöhnlich spricht man vom Bundeszuschuss, wenn von Geldern die Rede ist, die vom Staat in die Deutsche Rentenversicherung fließen. Das ist irreführend, suggeriert es doch, dass die Rentenversicherung nicht handlungsfähig wäre ohne die Hilfe von Vater Staat. In Wahrheit ist es genau umgekehrt. Der Staat lädt jede Menge Aufgaben bei der Rentenversicherung ab: Die Altersversorgung von AussiedlerInnen, die Anrechnung von Zeiten von Krieg und Verfolgung, die Anrechnung von Kindererziehungszeiten, die Zahlung von Hinterbliebenenrenten, die Hochwertung von Einkommen in ostdeutschen Betrieben, die Reha von erkrankten ArbeiterInnen und vieles mehr. Für viele dieser Leistungen fließt kein Cent Beitrag. Trotzdem kosten sie sehr viel Geld. Genau dann ist der Staat gefordert, um die Rentenkasse für die Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben zu entschädigen. Aktuell tut der Staat das nur sehr nachlässig. Jüngste Beispiele sind der zweite Rentenpunkt für die Mütter von vor 1992 geborenen Kindern oder die geplante Ost-West-Angleichung der Renten. Beides wird entweder voll oder ganz überwiegend von den BeitragszahlerInnen bezahlt statt vom Bund. Unstrittig ist deshalb, dass der Bundesanteil an der Finanzierung der Rente deutlich höher liegen müsste. Leisten kann sich unser Staat einen höheren Bundesanteil allemal. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt sind die an die Rentenversicherung gezahlten Bundesmittel in den vergangenen 15 Jahren deutlich gesunken. Im Jahr 2000 machten sie bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt noch 3,1 Prozent aus. 2015 waren es nur noch 2,8 Prozent.

Beitragsbemessungs-grenzen – Wo endet die Solidarität?

Bevölkerungsgruppen mit sehr hohem Einkommen können sich bislang mit Erfolg aus der Deutschen Rentenversicherung raushalten. Diese erscheint damit wie eine Veranstaltung, die vor allem auf der Solidarität unter Armen basiert. Und doch gibt es auch unter den Pflichtversicherten eine ganze Menge Beschäftigte mit ordentlichen oder gar sehr hohen Einkommen. Die zahlen zwar ein, doch nur bis zu der sogenannten ›Beitragsbemessungsgrenze‹ – derzeit in Westdeutschland monatlich 6.500 Euro und in Ostdeutschland monatlich 5.800 Euro. Alle Einkünfte darüber bleiben beitragsfrei. Es ist offenkundig, dass neben einer Erweiterung des versicherten Personenkreises auch die deutliche Erhöhung oder der komplette Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze die Finanzbasis der Rentenversicherung deutlich stärken würde. Es wäre auch ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit, besonders wenn er zusammen mit der Einführung einer Erwerbstätigenversicherung erfolgte. Wenn also auch SpitzenmanagerInnen mit Millionengehältern in die Rentenkasse einzahlen müssten, dann würden auch DAX-Kapitäne auf diese Einkommen die vollen Rentenbeiträge entrichten: »Genau die Zetsches (Daimler) und Kaesers (Siemens) will ich in der gesetzlichen Rente haben und sie sollen auf jeden Euro ihres Gehalts Beitrag zahlen«, erklärt Matthias W. Birkwald, der Rentenexperte der LINKEN.

Fazit: Es geht nicht darum, ob wir uns in Deutschland gute Renten leisten könnten, sondern darum, ob wir das wollen. Der Werkzeugkasten steht bereit: Etwas höhere Rentenbeiträge, die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente, ein korrekt bemessener Bundesanteil für die versicherungsfremden Leistungen, der Stopp der Förderung von Riester-Renten und der Entgeltumwandlung und die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen. All das zusammen würde dazu führen, dass alle Rentner ganz deutlich mehr im Alter bekommen können. Mehr zahlten hingegen die Arbeitgeber, der Staat selbst und die Spitzenverdiener oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze. Erstmals einzahlen müssten viele Selbstständige, PolitikerInnen und BeamtenInnen. Möglich ist das, wenn wir das wirklich wollen.

Artikel von Holger Balodis und Dagmar Hühne, erschienen in [express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit](#) 11/2018

* Holger Balodis und Dagmar Hühne berichteten 25 Jahre lang als FachautorInnen für die ARD-Magazine »Monitor«, »Plusminus« und »Ratgeber Recht«. Ihr Buch »Die große Rentenlüge. Warum eine gute und bezahlbare Alterssicherung für alle möglich ist« ist zum Preis von 18 Euro im Westend-Verlag erschienen. *Siehe zum Buch im LabourNet Germany das [Dossier zum \[Buch\] Die große Rentenlüge. Warum eine gute und bezahlbare Alterssicherung für alle möglich ist](#)*